

04.09.2013 - 15:56 Uhr

VSE fordert weniger Plan, dafür mehr Markt und Gesamtbetrachtung

Aarau (ots) -

Der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) begrüsst, dass der Bundesrat die Schweizer Energiepolitik verstärkt auf Effizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien ausrichten will. Die in der heutigen Botschaft zur Energiestrategie 2050 vorgeschlagenen Gesetzesänderungen sind jedoch noch zu ergänzen. Notwendig sind eine Gesamtbetrachtung anstelle isolierter Einzelmassnahmen und klare Rahmenbedingungen für Marktlösungen. Fehler, wie sie mit der deutschen Förderpolitik gemacht werden, müssen vermieden werden.

Der VSE teilt die Auffassung von Frau Bundesrätin Leuthard, dass Energie nicht nur Strom ist. Stromproduktion, Speicherung und Netze bilden ein Gesamtsystem und sind deshalb und zum Erhalt der Versorgungssicherheit als wichtiger Schweizer Standortvorteil aufeinander abzustimmen. Die bundesrätlichen Vorschläge erfüllen diese Anforderung noch nicht. Es fehlen namentlich Rahmenbedingungen für Investitionen in zentrale und dezentrale Speicher (z.B. Pumpspeicherkraftwerke) sowie den zeitgerechten Ausbau des Stromnetzes. Diese fehlende Abstimmung führt zu Ungleichgewichten und verringert damit die Versorgungssicherheit.

Die Änderungen bei der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) gehen in die richtige Richtung. Die Förderung erneuerbarer Energien ist jedoch konsequent auf deren rasche Markintegration auszurichten. Es braucht deshalb eine grundlegende Reform der KEV, damit subventionierte erneuerbare Energien (v.a. Wind und Photovoltaik) in das Gesamtsystem integriert werden können und zur Versorgungssicherheit beitragen. Zudem muss sichergestellt werden, dass durch die KEV geförderte erneuerbare Energien die Wirtschaftlichkeit der ebenfalls erneuerbaren, nicht subventionierten und klimaschonenden Wasserkraft nicht gefährden.

Der VSE weist dabei auch auf die strategisch wichtige Bedeutung des Stromabkommens mit der EU hin. Auch ist die heute vorgestellte Energiepolitik auf die Strategie Stromnetze des Bundes abzustimmen, die sich erst in Erarbeitung befindet.

Das vorgeschlagene Einsparquotenmodell für Elektrizitätsversorgungsunternehmen ist ein bürokratisches Zwangsinstrument und missachtet das Verursacherprinzip. Der VSE lehnt es entschieden ab und ist gleichzeitig erstaunt darüber, dass der Bundesrat trotz breiter Ablehnung in der Vernehmlassung an diesem Instrument festhält. Zur Verbesserung der Gesamtenergieeffizienz, welche auch aus Sicht des VSE prioritär ist, sind bereits eingeführte und bewährte Instrumente systematisch auszubauen. Der VSE ist in diesem Sinne bereits aktiv geworden. Er hat in Zusammenarbeit mit der Energieagentur der Wirtschaft (EnaW) das Instrument der Zielvereinbarung auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ausgedehnt. Ferner hat der VSE eine neue Ausbildung zum eidg. dipl. Effizienz- und Energieberater konzipiert. Adäquat ausgebildete Fachleute bilden eine wichtige Voraussetzung für das Entstehen eines funktionierenden Marktes für Effizienzdienstleistungen. Es ist nun am Parlament, eine system- und marktgerechte Gesetzesvorlage zu erarbeiten, welche volkswirtschaftlich tragbar ist.

Die französische Version ist in Kürze unter www.strom.ch erhältlich.

Kontakt:

Dorothea Tiefenauer
Tel.: 062 825 25 24, 079 642 11 41
E-Mail: dorothea.tiefenauer@strom.ch

Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
Hintere Bahnhofstrasse 10, 5001 Aarau
www.strom.ch

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003757/100743288> abgerufen werden.